



Arbeiten an Hochspannungsleitungen

ULRICH BAUMGARTEN / WARIO IMAGES?

Energiewende Hessen macht Druck für Ökostrom

Hessens schwarz-grüne Koalition fordert die Bundesregierung und die Stromnetzbetreiber dazu auf, Deutschlands Überlandleitungen mit hitzebeständigeren Kabeln auszurüsten. Der dringend nötige Ausbau des Stromnetzes mit neuen Trassen vom windreichen Norden nach Süden („Suedlink“) sei „völlig

aus dem Zeitplan geraten“, mahnt der grüne Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir. Die erforderlichen Nord-Süd-Trassen seien bis 2022 nicht mehr zu schaffen – dem Jahr, in dem das letzte Atomkraftwerk vom Netz gehen soll. Deshalb sollten alte Leitungsverbindungen mit modernen „Hochtemperaturleiterseilen“ ausgerüstet werden. Durch diese lasse sich die Übertragungskapazität bis zu

100 Prozent erhöhen. Per Bundesratsinitiative setzt sich Hessen dafür ein, „sämtliche Potenziale“ auszuschöpfen, um das bestehende Netz leistungsfähiger zu machen. Dies könne auch durch neue Monitoring- und Steuerungssysteme geschehen, die die Kapazität der Leitungen den Witterungsbedingungen anpassen oder den Strom sehr schnell von belasteten auf weniger belastete Leitungen umleiten könnten. *mab*

Naher Osten Dutzende deutsche Islamisten in Haft

Die Bundesregierung muss sich um eine Vielzahl deutscher Islamisten kümmern, die in Krisenregionen im Gefängnis sitzen. Mindestens 92 Männer, Frauen und Kinder aus Deutschland sind in Syrien, dem Irak und der Türkei in Haft, wie Experten aus mehreren Ministerien zusammengetragen. Die konsularische Betreuung der Dschihadisten und ihrer Familien macht dem Auswärtigen Amt viel Mühe; mehrfach haben Diplomaten und Beamte des Bundeskriminalamts Gefangene besucht. Einige der deutschen Islamisten wurden bereits zu Gefängnisstrafen verurteilt oder, wie im Fall einer mutmaßlichen IS-Anhängerin aus Mannheim im Irak, zum Tode. Die Bundesregierung hofft, dass das Urteil gegen die Frau in eine Haftstrafe umgewandelt wird. Seit Beginn des Bürgerkriegs in Syrien sind laut Verfassungsschutz mehr als 970 Islamisten in die Krisenregion ausgewandert. *mgb, wow*

Sexueller Missbrauch 35 000 US-Hinweise auf Kinderpornos

Das Bundeskriminalamt (BKA) bekommt aus den USA Hinweise auf Kinderpornokonsumenten im Internet in alarmierender Zahl. Im vergangenen Jahr erhielten die deutschen Ermittler knapp 35 000 Verdachtsmeldungen des National Centre for Missing and Exploited Children (NCMEC) – deutlich mehr als in früheren Jahren. Nach Angaben bayrischer Cyberermittler haben

sich die US-Hinweise, um die sich die dortige Landespolizei kümmern musste, von 2016 auf 2017 verdreifacht.

Die Nichtregierungsorganisation NCMEC arbeitet mit Internetanbietern wie Google, Yahoo und Facebook zusammen. Die Portale scannen die Daten ihrer Nutzer nach Bildern, die sexuellen Missbrauch zeigen. Bereits bekannte Kinderpornografie erkennen die Systeme automatisch anhand eines digitalen Fingerabdrucks. Das NCMEC leitet die Meldun-

gen an Ermittlungsbehörden im In- und Ausland weiter. „Dadurch wird das Dunkelfeld deutlich aufgehell“, sagt Hans-Joachim Leon, der beim BKA die Zentralstelle zur Bekämpfung des Kindesmissbrauchs leitet. In der Folge ist die Zahl der Strafverfahren deutlich gestiegen.

Die Staatsanwälte der Gießener Zentralstelle Internetkriminalität (ZIT) eröffneten im vorigen Jahr 2347 Kinderpornoverfahren – zwei Drittel mehr als 2016. Das BKA leitet alle US-Hinweise an die ZIT weiter. *sms, wow*